

An den Herrn Vorsitzenden der Exekutive
der Deutschsprachigen Gemeinschaft

Klötzerbahn, 12

4700

EUPEN

Nr. 16.126/V/P/D
AR/MTV

Betrifft : Territorialeinheiten der Gendarmerie im Gebiet deutscher
Sprache.

Sehr geehrter Herr Vorsitzender !

Die Ständige Kommission für Sprachenkontrolle hat auf Antrag des Herrn WEHR, deutschsprachigen Mitglieds, während ihrer Sitzungen vom 21. Juli 1984 und 18. Oktober 1984 eine Nota der Exekutive der Deutschsprachigen Gemeinschaft untersucht, in der die Probleme, mit denen die deutschsprachigen Mitglieder der Territorialeinheiten der Gendarmerie konfrontiert sind, behandelt werden. Ich teile Ihnen nachstehend deren Schlußfolgerungen mit.

Nachdem die Exekutive daran erinnert hat, daß der angehende Gendarmeriebeamte seine Aufnahmeprüfung in deutscher Sprache ablegt, in deutscher Sprache ausgebildet wird und seine Endprüfung ebenfalls in Deutsch in Vottem (Lüttich) ablegt, stellt sie sich Fragen über gewisse, durch den Stab getroffene Entscheidungen und insbesondere :

1. Ist es sprachlich vereinbar, daß, wenn ein Gendarmeriebeamter zu einer deutschsprachigen Einheit überwechseln will, er eine Sprachenprüfung über die Elementarkenntnisse der französischen Sprache ablegen und bestehen muß, um als "zweisprachiger" Beamter ernannt zu werden ? Die Exekutive weist darauf hin, daß bei Nichtbestehen dieser Sprachprüfung der Beamte gezwungen ist, bei der Mobilen Gruppe von Lüttich-Vottem zu verbleiben und seinen Dienst in dieser Stadt in französischer Sprache zu verrichten.

2. Diese Sprachenprüfungen, die ausschließlich der Form wegen veranstaltet werden, wenn die Einheiten dringend Personal benötigen, sind vorgeschrieben, während Beamte, die aus eigener Initiative Abendkurse in Französisch verfolgen, feststellen müssen, daß einem staatlich anerkannten Diplom jeglicher Wert abgesprochen wird und sie nicht als "zweisprachig" anerkannt werden.
3. Bezüglich einer Anfrage zwecks Überwechslung zu einer deutschsprachigen Einheit werden gewisse ältere Beamte, die der Gendarmerie vor Inkrafttreten der jetzigen Sprachenregelung beigetreten sind, ausgeschlossen zugunsten von Beamten, die als "zweisprachig" anerkannt sind, wobei das Dienstalter völlig außer Betracht gelassen wird.
4. Die deutschsprachigen Adjutanten, die den Rang eines Unterleutnants über den 2. Bildungsweg erlangen möchten, müssen ihrer Zweisprachigkeit (deutsch-französisch) eine niederländische Sprachenprüfung bestehen. Dies ist nicht der Fall für die Offiziere der beiden anderen Sprachengruppen, die nur eine Kenntnis der beiden hauptsächlichsten Nationalsprachen (französisch und niederländisch) nachweisen müssen.

Die S.K.S.K. hat ihren Standpunkt ausführlich dargelegt in ihrem Gutachten 13.139 vom 12. November 1981 (unter Bezugnahme auf ihr Gutachten 11.087/I/P vom 9.10.1980) über die sprachlichen Anforderungen, denen die Beamten der Territorialeinheiten der Gendarmerie genügen müssen.

Vorbehaltlich der Tatsache, daß ihre Zuständigkeit sich nur auf die administrativen Handlungen und auf die der betreffenden Einheit normalerweise zuerkannten Aufgaben bezieht, ist die S.K.S.K. der Auffassung, daß die Verpflichtungen der Gendarmerie-Brigaden bzw.

- Distrikte den Privatpersonen gegenüber - und folglich die ihrer Mitglieder - festgelegt sind durch die Bestimmungen der Koordinierten Sprachgesetze, die auf sie als lokale oder regionale Dienststellen, und zwar nicht nur auf Grund der Artikel 15, § 3 oder 38, § 3 (Die Dienststellen müssen so organisiert sein, daß ...) Anwendung finden. Für die Brigaden, deren Tätigkeitsbereich sich auf Gemeinden des Gebietes deutscher Sprache erstreckt, handelt es sich um
- lokale Dienststellen für die Brigaden von Kelmis, Büllingen, Amel, Eupen und Raeren;

- eine regionale Dienststelle im Sinne des Artikels 34, § 1, b, für die Brigade von Sankt-Vith;
- um regionale Dienststellen im Sinne des Artikels 36, § 2, mit Sitz im Gebiet deutscher Sprache für die Brigaden von Lontzen und Bütgenbach.

Diese verschiedenen Dienststellen, in denen das Personal die Sprache des Gebiets kennen muß, nämlich Deutsch (im Sinne des Artikels 7 der Königlichen Verordnung Nr. IX vom 30.11.1966), müssen so organisiert sein, daß die Öffentlichkeit sich ohne die geringste Schwierigkeit der französischen oder der deutschen Sprache bedienen kann (Artikel 15, § 3 und 38, § 3). Dabei muß das Personal im Unteroffiziersrang der Gendarmerie Grundkenntnisse der zweiten Sprache nachweisen (Artikel 9 und 15 der Königlichen Verordnung Nr. IX vom 30.11.1966).

Als Rechtsprechung gilt, daß eine Dienststelle dieser Verpflichtung nachkommt, wenn die zuständige Behörde, auf eigene Verantwortung und angesichts der Dienstnotwendigkeiten, sich vergewissert, daß ein oder mehrere Beamte die zweite Sprache, in diesem Fall Französisch, kennen. Die Kommission hat jedoch eingeräumt, daß für eine Dienststelle, die Forderung einer Grundkenntnis dieser zweiten Sprache seitens aller Beamten, die ein Amt bekleiden, aus dem sich Kontakte mit der Öffentlichkeit ergeben, "keinen Verstoß gegen die K.S.G." darstellt (siehe Gutachten 13.020 vom 19. Mai 1983 bezüglich der Dienststellen der Telegrafien- und Telefonregie im Gebiet deutscher Sprache).

In dieser Hinsicht ist die Forderung der Generalinspektion nicht als "Verstoß gegen die K.S.G." anzusehen, da diese Forderung für die den Territorialeinheiten zugewiesenen Einheiten gestellt ist auf Grund individueller Kontakte, die sie zwangsläufig mit der Öffentlichkeit unterhalten, wobei der Fall der Gendarmeriebeamten, die bei der Mobilen Gruppe von Vottem verbleiben, sich wegen der Mannigfaltigkeit der Aufgaben nicht in der gleichen Weise stellt.

Die S.K.S.K. macht jedoch darauf aufmerksam, daß sie in ihrem vorerwähnten Gutachten Nr. 13.139 der Ansicht gewesen ist, daß "die eventuellen Sprachenprüfungen ... durch das Ständige Sekretariat für die Anwerbung des Staatspersonals organisiert werden müssen, laut Art. 53 der K.S.G. die einzige zuständige Behörde, um Bescheinigungen über die durch das Gesetz vom 2. August 1963 erfordernten Sprachkenntnisse auszustellen."

X

X

X

Bezüglich der zweiten Frage weist die S.K.S.K. darauf hin, daß, wenn die Sprache der Studien durch die K.S.G. als Basiskriterium angesehen wird, um die Kenntnis einer Sprache festzustellen, es sich hier um Abendkurse handelt, und die S.K.S.K. hat diesen Kursen den Wert von Studien mit vollständigem Stundenplan abgesprochen (siehe Gutachten 4331 vom 24.3.1977).

X

X

X

Das in der 3. Frage aufgeworfene Problem ergibt sich aus der Stellungnahme der Gendarmerie. Es ist nicht Aufgabe der S.K.S.K., darüber zu entscheiden, ob diese Stellungnahme negative Auswirkungen auf die satzungsmäßigen Rechte des Personals nachsichziehen kann.

X

X

X

../. ..

Was die vierte Frage betrifft, so handelt es sich um die Anwendung von ausdrücklichen Bestimmungen des Gesetzes vom 30. Juli 1938 über den Gebrauch der Sprachen in der Armee. Das Gesetz vom 13. November 1974, das die Bestimmungen dieses Gesetzes abgeändert hat im Sinne einer weitreichenden Anerkennung der deutschen Sprache, ist nicht soweit gegangen, daß es diese Sprache auf eine gleiche Stufe gestellt hat wie die zwei hauptsächlichen Nationalsprachen.

Die S.K.S.K. hat nicht über diesen Punkt zu entscheiden.

Festzustellen ist, daß die Anwendung des Artikels 43, § 4, 4. Absatz der K.S.G. einen gleichartigen Nachteil bringt für die Beamten der zentralen Dienststellen, die ihre Studien im Gebiet deutscher Sprache absolviert und ihre Zulassungsprüfung in Deutsch abgelegt haben. Außer der deutschen Sprache müssen sie eine Kenntnis der französischen oder der niederländischen Sprache nachweisen (im Sinne des Artikels 7 der Königlichen Verordnung vom 30.11.1966).

Eine Abschrift dieses Gutachtens wird dem Herrn Verteidigungsminister zugesandt.

Mit vorzüglicher Hochachtung,

Der Vorsitzende,

J. Fleerackers